



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

**Eidgenössisches Departement des Innern EDI**

Bundesamt für Gesundheit BAG

Direktionsbereich Öffentliche Gesundheit

---

## **Parlamentarische Initiative 04.439**

### **Bericht über die Ergebnisse des Vernehmlassungsverfahrens der Revision des Betäubungsmittelgesetzes**

#### **"Ordnungsbussenverfahren bei Cannabiskonsum"**

---

Juli 2011

## Inhaltsverzeichnis

---

1	Das Vernehmlassungsverfahren	3
1.1	Ausgangslage	3
1.2	Verlauf des Vernehmlassungsverfahrens	3
2.	Auswertung der Vernehmlassung	4
2.1	Stellungnahmen zu den einzelnen Fragen des Fragebogens	5
2.1.1	Frage 1: Soll der Konsum von Cannabis künftig im Ordnungsbussenverfahren geahndet werden können?	5
2.1.2	Frage 2: Wie alt soll ein Täter oder eine Täterin mindestens sein, damit der Cannabiskonsum mit einer Ordnungsbusse geahndet werden kann?	6
2.1.3	Frage 3: Wie hoch soll die Ordnungsbusse sein?	6
2.1.4	Frage 4: Soll die geringfügige Menge eines Betäubungsmittels des Wirkungstyps Cannabis, deren Besitz gemäss Artikel 19b des Betäubungsmittelgesetzes nicht strafbar ist, im Betäubungsmittelgesetz definiert und damit schweizweit vereinheitlicht werden?	7
2.1.5	Frage 5: Falls ja, wie viel Gramm eines Betäubungsmittels des Wirkungstyps Cannabis sollen maximal als geringfügige Menge gelten?	8
2.1.6	Frage 6: Soll die Polizei auf eine Ordnungsbusse verzichten können, wenn ein leichter Fall von Cannabiskonsum vorliegt? Der Polizei würde damit ein Ermessen eingeräumt, wie es dem Sachrichter im ordentlichen Verfahren eingeräumt wurde (gemäss Art. 19a Ziff. 2 kann in leichten Fällen von Betäubungsmittelkonsum das Verfahren eingestellt werden oder von einer Strafe abgesehen werden.)	8
2.2.	Weitere Bemerkungen	8
2.3.	Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln	9
3.	Anhang	14
3.1	Abkürzungsverzeichnis	14
3.2	Eingegangene Vernehmlassungen	14
3.3	Adressatenliste	19
3.4	Fragekatalog für das Vernehmlassungsverfahren	25

## 1 Das Vernehmlassungsverfahren

### 1.1 Ausgangslage

Das Sanktionsregime für Cannabiskonsum steht seit längerem zur Diskussion. Mit seiner Botschaft vom 9. März 2001<sup>1</sup> legte der Bundesrat eine umfassende Revision des Bundesgesetzes vom 3. Oktober 1951 über die Betäubungsmittel und die psychotropen Stoffe (Betäubungsmittelgesetz, BetmG)<sup>2</sup> vor, in der er unter anderem die Entkriminalisierung des Konsums und Regelungen für Anbau, Fabrikation und Handel vorschlug. In der Sommersession 2004 beschloss der Nationalrat, nicht auf die Vorlage einzutreten. Die Mehrheit vertrat die Auffassung, die vorgeschlagene Straffreiheit führe zu einer Banalisierung des Cannabiskonsums. Ausserdem befürchtete die Ratsmehrheit eine Zunahme des Konsumtourismus, sollte die Schweiz den Konsum straffrei erklären. Am 25. März 2009 entschied die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrates (SGK-NR), den von der CVP-Fraktion am 16. Juni 2004 in Form einer parlamentarischen Initiative (04.439) eingebrachten Vorschlag weiterzuverfolgen und den Konsum von Cannabis einem Ordnungsbussenverfahren zu unterstellen. Am 18. Januar 2010 stimmte die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Ständerates (SGK-SR) diesem Beschluss zu. Die SGK-NR beauftragte ihre Subkommission «Drogenpolitik»<sup>3</sup> mit der Erarbeitung einer Vorlage.

An der Sitzung vom 3. Mai 2010 haben sich die Mitglieder der Subkommission die unterschiedlichen Positionen zum Ordnungsbussenverfahren bei Cannabiskonsum von Vertreterinnen und Vertretern der Suchtfachleute, der Lehrerinnen und Lehrer, der Jugendstrafrechtspflege, der Polizeibeamten sowie des Kantons St. Gallen angehört und sie dazu befragt. An zwei weiteren Sitzungen vom 29. Juni 2010 und 30. August 2010 erarbeiteten sie einen Vorentwurf samt erläuterndem Bericht zuhanden der SGK-NR. Am 21. Januar 2011 stimmte die SGK-NR dem Vorentwurf und dem erläuternden Bericht mit 15 zu 5 Stimmen bei 2 Enthaltungen zu und beschloss, ihn bei den Kantonen, den politischen Parteien und den interessierten Kreisen in eine Vernehmlassung zu geben. Eine Kommissionsminderheit lehnt die Vorlage grundsätzlich ab und beantragt Nichteintreten.

### 1.2 Verlauf des Vernehmlassungsverfahrens

Am 28. Februar 2011 eröffnete die Präsidentin der SGK-NR, Frau Thérèse Meyer-Kaelin, das Vernehmlassungsverfahren zur Änderung des BetmG im Sinne der Erfüllung der parlamentarischen Initiative 04.439.

Die Kantone, Parteien und übrige interessierte Kreise konnten bis zum 31. Mai 2011 ihre Stellungnahmen einreichen.

Angeschrieben wurden insgesamt 133 Adressaten. Die Unterlagen, bestehend aus dem Entwurf der Änderungen des BetmG, dem erläuternden Bericht, dem Fragebogen<sup>4</sup> und der Liste der Adressaten, wurden in elektronischer Form zur Verfügung gestellt. Die Vernehmlassungsunterlagen waren auf der Webseite des Bundes öffentlich zugänglich. Den Kantonsregierungen wurden die Unterlagen in Papierform zugestellt.

Von den Adressaten haben 64 eine Stellungnahme abgegeben.

---

1 BBI 2001 3715

2 SR 812.121

3 Fehr Jacqueline, Meyer-Kaelin Thérèse, Baettig, Cassis, Dunant, Prelicz-Huber, Schenker Silvia

4 Anhang Ziffer 3.4

	Eingeladen	Antwort
Kantone	26	25
Konferenz der Kantonsregierungen	1	0
In der Bundesversammlung vertretene politische Parteien	13	7
Gesamtschweizerische Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete	3	1
Gesamtschweizerische Dachverbände der Wirtschaft	8	4
Universitäten	9	2
weitere Organisationen	73	25
Total	133	64

Darüber hinaus gingen 41 Stellungnahmen von nicht angeschriebenen Vernehmlassern ein, worunter sich 16 Privatpersonen befanden. Insgesamt beläuft sich die Zahl der Vernehmlasser also auf 105.

Der Fragebogen wurde von 82 Vernehmlassern ganz oder teilweise ausgefüllt. 30 Vernehmlasser haben neben dem Fragebogen in einem Schreiben ihre Stellungnahme ausgeführt. 19 haben es vorgezogen, lediglich ein Schreiben mit ihrer Stellungnahme einzureichen.

Nur Fragebogen	52
Fragebogen + Schreiben	30
Nur Schreiben	19
Schreiben mit Verzichtserklärung	4
Total	105

Bei der Auswertung der Vernehmlassung wurden folgenden Kriterien angewandt:

- Als Vernehmlasser wird bezeichnet, wer eine Stellungnahme zu einem bestimmten Thema oder zu einem bestimmten Artikel abgegeben hat.
- Bei der Auswertung wurden sämtliche Vernehmlasser berücksichtigt, welche eine Stellungnahme eingereicht hatten, unabhängig davon, ob sie eingeladen waren oder nicht.
- Enthaltungen wurden nicht gewertet.

## 2. Auswertung der Vernehmlassung

Mehrheitlich wird der Vorlage im Grundsatz zugestimmt. Dabei sind folgende Grundströmungen erkennbar: Einige Vernehmlasser begrüßen die Einführung des Ordnungsbussenverfahrens vollumfänglich, machen jedoch einige Änderungsvorschläge (bspw. bei der Definition der geringfügigen Menge oder der Altersgrenze). Andere Vernehmlasser sind mit der Einführung des Ordnungsbussenverfahrens grundsätzlich einverstanden, fordern jedoch essentielle Änderungen am vorliegenden Entwurf (z.B. deutlich höhere Busse, deutlich tiefere geringfügige Menge, kein Ermessensspielraum der Polizei). Andere Vernehmlasser lehnen das Ordnungsbussenverfahren grundsätzlich ab; dies primär aus juristischen und/oder Praktikabilitätsgründen. Näheres wird im Folgenden ausgeführt:

## 2.1 Stellungnahmen zu den einzelnen Fragen des Fragebogens

### 2.1.1 Frage 1: Soll der Konsum von Cannabis künftig im Ordnungsbussenverfahren geahndet werden können?

Zu dieser Frage äussert sich die Mehrheit der Vernehmlasser bejahend (Fragebogen: 69 Ja, 13 Nein). Mehrere Vernehmlasser sind der Ansicht, das Ordnungsbussenverfahren sei eine pragmatische Lösung und ein Schritt in die richtige Richtung (*CVP, EKDF, EKKJ, FMH, FO-SUMOS, kf, KV Schweiz, SKBS, SKG, SP, SSAM, SSV*) und man erhofft sich davon eine Vereinfachung der Strafverfahren sowie eine geringere Stigmatisierung der Konsumierenden (*Fondation du Levant, infodrog, Pro Juventute, SIS und ZG*). *Infodrog* und *SKBS* bedauern, dass nicht der geringfügige Eigenkonsum aller illegalen Drogen dem Ordnungsbussenmodell unterstellt wird, diese Chance werde mit der aktuellen Vorlage leider verpasst. Auch eine Einsparung von Kosten wird erwartet (*Grüne, infodrog, ZG*). *SG* weist darauf hin, dass sich dieses Modell schon seit dem Jahr 2002 im Kanton SG bestens bewährt habe.

Weitere Vernehmlasser sind der Ansicht, die Einführung des Ordnungsbussenverfahrens sei ein Schritt, der zwar in die richtige Richtung gehe, jedoch zu wenig weit (*ContactNetz, CO-ROMA, Grüne, Hausärzte Schweiz, NAS, RADIX, VEVD AJ*). *Hausärzte Schweiz* moniert, dass der Handel und der Anbau von der Vorlage nicht tangiert werden. *AvenirSocial, Fachverband Sucht, FNA, GREA, REPER, SP* und *Suchtpräventionsstelle Freiburg* führen aus, diese Vorlage würde noch keine Cannabis-Politik darstellen und der Ordnungsbussenansatz dürfe keine Legitimation darstellen, damit sich der Staat nicht weiter mit der Cannabisproblematik beschäftigen müsse; bei Jugendlichen sei das Ordnungsbussensystem zudem kein sinnvoller Ansatz. Einige Vernehmlasser erhoffen sich von der Vorlage eine Vereinheitlichung der Sanktionspraxis in den verschiedenen Kantonen (*FDP, Grüne, Pro Juventute, SP, ZG*). Dagegen werden auch kritische Stimmen laut, die etwa befürchten, der Konsum von Cannabis werde mit der Einführung des Ordnungsbussenverfahrens banalisiert oder die Präventionsbemühungen würden unterlaufen (*AI, ARCD, DDS, EDU, SGV, S. Haas, SVP, Verein Jugend ohne Drogen*) und dem Bedürfnis nach einer weiteren Entkriminalisierung des Betäubungsmittelkonsums werde Vorschub geleistet (*GR*). Weitere Vernehmlasser führen aus, die Busse habe eine weniger abschreckende und präventive Wirkung als ein Verfahren (*P. Aebersold, SVP*).

Zudem wird eine Erhöhung der Kosten befürchtet (*BS*) und es wird darauf hingewiesen, dass damit die Möglichkeit der Früherfassung gefährdeter jugendlicher Cannabis-Konsumenten sowie die Befragungsmöglichkeit durch die Polizei, die auch der Ermittlung der Händler dient, entfallen (*AI, BS, GR, LU, TG*). *BL* wirft die Frage auf, was in der Umsetzungspraxis mit dem mitgeführten Cannabis zu geschehen habe. *AI* warnt vor einem Konsumtourismus. Die *KAPO Uri* weist darauf hin, dass Cannabis-Konsumenten nicht selten auch für andere Delikte in Frage kommen - mit dem Ordnungsbussenverfahren werden diese aber nicht mehr im Polizeiregister erfasst. *Prof. Albrecht* und die *Universität Basel* stellen sich grundsätzlich die Frage, ob sich die Betäubungsmitteldelinquenz eignet für das aus dem Strassenverkehrsrecht übernommene Ordnungsbussenverfahren, das die persönlichen Verhältnisse des Delinquenten unberücksichtigt lässt. Das *Blaue Kreuz* weist darauf hin, dass der Schwerpunkt der Anstrengungen auf der Regulierung des Handels liegen müsse. *VSPB* ist grundsätzlich gegen die Einführung des Ordnungsbussensystems; sollte es dennoch zur Anwendung kommen, müssten unbedingt einige Anpassungen zum vorliegenden Entwurf gemacht werden.

### **2.1.2 Frage 2: Wie alt soll ein Täter oder eine Täterin mindestens sein, damit der Cannabiskonsum mit einer Ordnungsbusse gehandelt werden kann?**

Mehrheitlich wird hier die Variante 18 Jahre (und damit Volljährigkeit) befürwortet (AG Rauschgift, AI, AR, ARCD, BE, BL, Blaues Kreuz, BS, ContactNetz, COROMA, EDU, EKDF [18 oder 15 Jahre], EKKJ, FDP, FNA, Fondation du Levant, FR, G. Arnold, GR, GREA, Hausärzte Schweiz, infodrog, JU, Jugendanwaltschaft SZ, KSBS, NE, RADIX, SH, SHK, SIS, SKBS, SO, Stadt Lausanne, Suchtpräventionsstelle Freiburg, SVJ, Verein Jugend ohne Drogen, VS, VSPB, ZH).

Andere bevorzugen eine Altersgrenze 16 (AG, CVP, Dr. Weber/Dr. Bükki, FMH, H. Loosli, K. Zech, LU; Staatsanwaltschaft soll informiert werden, NW, PharmaSuisse, Prof. Albrecht, PH CH, SG, SSV, SZ, Universität Basel, UR) teilweise mit der Begründung, diese gelte auch für den Alkohol und den Tabak<sup>5</sup>.

Auch die Altersgrenze 15 Jahre wird von einigen Vernehmlassern favorisiert (A. Hilfiker, B. Neuweiler, BS; falls das Ordnungsbussenverfahren auch für Jugendliche gelten solle, C. Harper, CSP, EKDF [oder 18], F. Ettlín, GL, K. Baettig, KAPO Uri, kf, NAS, OW, Prof. Albrecht [in Anlehnung an die allgemeinen Prinzipien des Jugendstrafrechts], R. Reusser, S. Fehr, SP, SSAM, TG, Universität Basel, VSEI, VSND, ZG).

Einzelne Vernehmlasser verlangen eine noch höhere Altersgrenze. Genannt werden: 20 Jahre (ein betäubungsmittelrechtlicher Dienst der Arbeitsgruppe Rauschgift, P. Aebersold), 22 (weil damit noch die Zeit der militärischen Grundausbildung erfasst sei; als ideale Alternative zum Alter 18: GR) oder 25 Jahre (SÄGD).

Vereinzelt wird eine tiefere, also unter 15 Jahren liegende, Alterslimite vorgeschlagen (S. Haas, M. Lepore).

AvenirSocial, Fachverband Sucht, FOSUMOS, Grüne, REPER und SSV machen einen differenzierten Vorschlag: über 18-Jährige sollen ein Anrecht auf eine Busse haben, 16- bis 18-Jährige sollen mit einer Busse gebüsst werden, aber bei offensichtlicher Suchtgefährdung sei das Prozedere gemäss Artikel 3c BetmG (Meldebefugnis) zu wählen, bei Jugendlichen unter 16 Jahren soll das Prozedere gemäss Artikel 3c BetmG zur Anwendung kommen. Vielfach wird darauf hingewiesen, dass Jugendliche unter 18 Jahren erfasst und speziell betreut werden sollen oder dass in jedem Fall ihre Erziehungsberechtigten informiert werden sollen (Hausärzte Schweiz, NAS, SKG, SIS, VSPB). kf plädiert für den Einsatz des Ordnungsbussensystems für Jugendliche ab 16 Jahren - bei 16- bis 17-Jährigen soll die Polizei jedoch einen Ermessensspielraum haben, wohingegen die Erwachsenen ein Recht auf eine Ordnungsbusse haben sollen.

### **2.1.3 Frage 3: Wie hoch soll die Ordnungsbusse sein?**

Die meistgenannte Antwort auf diese Frage ist 100 Franken (29 Vernehmlasser). Für 200 Franken sprechen sich 16 Vernehmlasser aus. Die Beträge variieren jedoch stark. Während auf der einen Seite betont wird, 100 Franken sei heutzutage für einen Jugendlichen ein zu geringer Betrag, der zudem in den meisten Fällen ohnehin von den Eltern bezahlt werden wird, machen andere geltend, 100 Franken seien für einen Jugendlichen oder für einen randständigen Konsumenten sehr viel Geld und die Busse sei daher bei 50 Franken anzusetzen.

Gefordert werden die folgenden Beträge: 2000 Franken (C. Harper), 1500 Franken (S. Haas), 1000 Franken (A. Hilfiker, K. Baettig, K. Zech, F. Ettlín), 300 bis 500 Franken (AI, B. Neuwei-

<sup>5</sup> Dies ist nicht in allen Kantonen einheitlich geregelt.

ler, H. Loosli, P. Aebersold, VD), 50 Franken (AvenirSocial, EKDF, FOSUMOS, SP), 30 Franken (Grüne), 0 Franken (SHK).

JU und KSBS schlagen vor, dass unterschieden werden soll zwischen Personen, die beim Cannabis-Rauchen erwischt werden (JU: 50 Franken, KSBS: 100 Franken) und solchen, die zudem bis zu 10 Gramm (KSBS: 5 Gramm) Cannabis auf sich tragen (JU: 100 Franken, KSBS: 200 Franken). SO schlägt eine Bussenhöhe in Abhängigkeit der konsumierten Menge vor (nämlich 100 oder 200 Franken). Jugendanwaltschaft SZ und SVJ schlagen vor, bei Jugendlichen eine geringere Busse zu verhängen als bei Erwachsenen (Jugendanwaltschaft SZ: Jugendliche 100 Franken, Erwachsene 200 Franken; SVJ: für Jugendliche höchstens 100 Franken).

FMH, NAS und PH CH geben zu bedenken, dass das ordentliche Verfahren u.U. weniger kostet als 100 Franken und da die Konsumierenden gemäss dem vorliegenden Entwurf immer das Recht hätten, ein ordentliches Verfahren zu verlangen, könne eine zu hohe Busse zu Fehlanreizen führen, auch BL weist auf diesen Umstand hin und betont, dass daher die Busse nicht zu hoch ausfallen dürfe. kf ist der Meinung, die Bussenhöhe müsse den finanziellen Möglichkeiten des Konsumierenden angepasst werden. KSBS hingegen lehnt es ab, die persönlichen Verhältnisse des Täters oder der Täterin zu berücksichtigen; eine solche Erweiterung verunmögliche die Durchführung des Ordnungsbussenverfahrens. NE schlägt 150 Franken vor oder die Möglichkeit, die Bussenhöhe durch die Kantone festlegen zu lassen. Die EDU schlägt die Formulierung „mindestens 200 Franken“ vor, um einen Ermessensspielraum zu bewahren. DDS befürwortet ebenfalls mindestens 200 Franken.

C. Harper schlägt als Alternative zur Busse 50 Stunden gemeinnützige Arbeit vor. VSEI befürwortet eine Busse von mindestens 100 Franken und unterstützt den Minderheitsantrag zu Artikel 28a Absatz 3 (Berücksichtigung des Vorlebens der Täterin oder des Täters).

ContactNetz ist grundsätzlich der Ansicht, dass die Höhe der Busse keinen Einfluss auf einen Konsumentenscheid hat. Universität Genf gibt zu bedenken, dass 100 Franken für eine randständige Person ein substantieller Betrag sei, dessen Beschaffung zu weiterer Kriminalität führen könne

#### **2.1.4 Frage 4: Soll die geringfügige Menge eines Betäubungsmittels des Wirkungstyps Cannabis, deren Besitz gemäss Artikel 19b des Betäubungsmittelgesetzes nicht strafbar ist, im Betäubungsmittelgesetz definiert und damit schweizweit vereinheitlicht werden?**

Die Mehrheit der Vernehmlassungsteilnehmer, die sich hierzu äussern, begrüsst die Festlegung einer geringfügigen Menge (A. Hilfiker, AvenirSocial, B. Neuweiler, BE, BL, BS, C. Harper, COROMA, FNA, Fachverband Sucht, FDP, G. Arnold, GL, GREA, Grüne, Hausärzte Schweiz, kf, OW, PharmaSuisse, Pro Juventute, PH CH, S. Fehr, SO, SP, SSAM, Stadt Lausanne, TG, UR, VEVD AJ, ZG, ZH). Gründe dafür sind die Rechtssicherheit und eine einheitliche Praxis in den Kantonen. Mehrere Vernehmlasser wünschen, dass diese Menge nicht im Gesetz, sondern in einer Verordnung verankert wird (infodrog, KKBS, PH CH, SG, SKBS, VS) oder machen jedenfalls den Hinweis darauf, dass dies möglich wäre (FMH, NAS). SZ wünscht, dass dem Bundesrat die Kompetenz erteilt wird, die geringfügige Menge zu definieren. FNA, GREA, REPER und Suchtpräventionsstelle Freiburg sprechen sich für eine bewegliche Grenze aus.

Einige Vernehmlasser weisen darauf hin, in der Polizeipraxis sei die Überprüfung der geringfügigen Menge nicht machbar oder zu kompliziert (Blaues Kreuz, P. Aebersold) oder zumindest sehr schwierig umsetzbar (BS, infodrog, SVP). Auch wird verlangt, dass auch auf den THC-Gehalt abgestellt wird oder es wird auf den unterschiedlichen Wirkstoffgehalt hingewiesen (B. Neuweiler, Centre Patronal, EKDF, Grüne, SÄGD, SGRM, Stadt Lausanne, SVP).

### **2.1.5 Frage 5: Falls ja, wie viel Gramm eines Betäubungsmittels des Wirkungstyps Cannabis sollen maximal als geringfügige Menge gelten?**

Hier variieren die Angaben stark. Einige vertreten eine Menge von 10 Gramm, andere machen geltend, diese Menge lasse bereits auf Handel statt auf Eigengebrauch schliessen und die Grenze sei daher bei drei oder fünf Gramm anzusetzen. Die folgenden Mengen werden genannt: 0 Gramm (*A. Hilfiker, ARCD, EDU, K. Zech, P. Aebersold*), 0,25 Gramm (*F. Ettlin*), 1 Gramm (*C. Harper, G. Arnold, K. Baettig, M. Lepore, R. Reusser, UR*), 3 Gramm (*AI, B. Neuweiler*), 5 Gramm (*AG, AG Rauschgift, AR, BS, KSBS, LU, OW, Verein Jugend ohne Drogen, VSEI, VSND, VSPB*) allgemein unter 10 Gramm (*Fondation du Levant, VD, VS*). *GR* schlägt vor, eine Unterteilung in Jugendliche (5 Gramm) und Erwachsene (10 Gramm) zu prüfen.

Wiederum andere (*Prof. Albrecht, Universität Basel*) fordern angesichts der Realitäten in der Drogenszene eine höhere Hürde (30 Gramm).

Wiederholt wird geltend gemacht, die Feststellung, ob es sich um 10 Gramm handle, sei in der Praxis schwierig und es wird die Frage aufgeworfen, ob Polizistinnen und Polizisten zukünftig mit einer Waage ausgerüstet werden müssen (*Blaues Kreuz, BS, Prof. Albrecht, Universität Basel*).

### **2.1.6 Frage 6: Soll die Polizei auf eine Ordnungsbussse verzichten können, wenn ein leichter Fall von Cannabiskonsum vorliegt? Der Polizei würde damit ein Ermessen eingeräumt, wie es dem Sachrichter im ordentlichen Verfahren eingeräumt wurde (gemäss Art. 19a Ziff. 2 kann in leichten Fällen von Betäubungsmittelkonsum das Verfahren eingestellt werden oder von einer Strafe abgesehen werden.)**

Hier sind die Meinungen geteilt. Etwa die Hälfte ist für einen Ermessensspielraum, da die Cannabis-Konsumenten nicht strenger bestraft werden sollen als andere Drogenkonsumenten. Andere führen an, es sei schwierig vorstellbar, wie die Polizei von diesem Ermessen Gebrauch machen sollte und mit dieser Möglichkeit werde der Willkür ein Tor geöffnet. Zudem solle die Einführung des Ordnungsbussenverfahrens nicht zu einer Verschärfung der Sanktionspraxis im Vergleich zur heutigen Situation führen (*AvenirSocial, GREA, Fachverband Sucht, FMH, NAS, Pro Juventute, PH CH, RADIX, REPER, SP, Suchtpräventionsstelle Freiburg, SZ, ZG*). *AG Rauschgift, DDS* und *P. Aebersold* sind der Ansicht, dieser Vorschlag sei praxisfremd. Mehrfach wird betont, die Umsetzung dieses Ermessens werde sehr unterschiedlich gehandhabt werden (*BL, Blaues Kreuz, BS, GR, infodrog, LU, SG, SVJ, UR*) und es würde dafür Richtlinien brauchen (*Fondation du Levant, ContactNetz*). Weitere Vernehmlasser sind der Meinung, ein Ermessensspielraum solle nicht der Polizei, sondern der Justiz zukommen (*AI, BS, COROMA, EKKJ, JU*). *ARCD* ist der Ansicht, ein Ermessensspielraum gehe in Richtung Banalisation des Cannabiskonsums.

*SKBS* führt an, das Opportunitätsprinzip sei ohnehin eine Leitlinie des polizeilichen Handelns und ein darüber hinaus gehender Ermessensspielraum sei somit nicht erforderlich. Die *EKDF* betont, ein solches Ermessen komme nur bei Jugendlichen zwischen 15 und 18 Jahren in Frage.

## **2.2. Weitere Bemerkungen**

Wie oben ausgeführt, erhoffen sich viele Vernehmlasser durch die Einführung des Ordnungsbussenverfahrens eine Vereinfachung der Strafverfolgung. Von anderer Seite wird Kritik laut, diese Vereinfachung sei, wenn überhaupt vorhanden, von geringem Ausmass und stehe in keinem Verhältnis zu den juristischen und kriminalpolitischen Bedenken. Generell müsse man sich fragen, ob sich die Betäubungsmitteldelinquenz eigne für das aus dem Strassenverkehrsrecht übernommene Ordnungsbussensystem (*Prof. Albrecht, Universität Basel*). Es müsse zusätzlich nach Lösungen für Handel und Anbau gesucht werden (*FMH, NAS*). Zudem löse das nun vorgeschlagene Verfahren nicht das Problem, dass es für tatsächlich suchtgefährdete Jugendliche kaum Interventionsmöglichkeiten und geeignete The-

rapieplätze gebe (FMH, NAS). BS führt aus, der Polizei als Teil der Exekutive obliege es, deliktisches Verhalten objektiv festzustellen und gegebenenfalls der Justiz zu rapportieren. Weder nach dem Gewaltenteilungsgrundsatz noch ganz allgemein gehöre es zu den Aufgaben der Polizei, deliktisches Verhalten zu gewichten, zu würdigen und schliesslich analog einer Justizbehörde über verschiedene mögliche Konsequenzen (einschliesslich Sanktionen) zu entscheiden. BS führt weiter aus, diese Grundsätze würden verletzt, wenn man für die Verfolgung des Cannabiskonsums ein Ordnungsbussenmodell in der vorliegenden Form einführen möchte.

### 2.3. Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln

Zu den einzelnen Artikeln gingen zusätzlich folgende Bemerkungen ein:

#### Artikel 19b Absatz 2 VE

*VSPB:* Die geringfügige Menge sei nicht hier, sondern in den neuen Bestimmungen Artikel 28a ff. festzulegen. Die Bestimmung sei zu streichen.

*Prof. Albrecht, Universität Basel:* Im Hinblick auf die Rechtssicherheit und -gleichheit sei es grundsätzlich zu begrüessen, dass der Vorentwurf eine Legaldefinition für die geringfügige Menge Cannabis enthält und somit eine gesamtschweizerisch einheitliche Regelung trifft. Dennoch sei es zu bedauern, dass die vorgeschlagene Legaldefinition der geringfügigen Menge sich auf Cannabis beschränkt und andere in der Strafpraxis ebenfalls bedeutsame Betäubungsmittel wie etwa Heroin, Kokain und Ecstasy nicht erfasst würden. Insofern erweise sich die Legaldefinition als isolierter und sachlich schwierig begründbarer Fremdkörper innerhalb von Artikel 19b BetmG.

#### Artikel 28a VE

SSV würde es begrüessen, wenn der Anbau zum Eigenbedarf auch dem Ordnungsbussenverfahren unterstellt würde.

##### Absatz 1

*AG Rauschgift, Stadt Zürich, SZ:* Das Ordnungsbussenverfahren müsse auch auf den Besitz einer geringfügigen Menge angewendet werden können. Es dürfe nicht sein, dass eine Person, welche Cannabis raucht und gleichzeitig eine geringe Menge eines Cannabis-Produktes auf sich trägt, mit einer Ordnungsbusse bestraft wird, während gleichzeitig gegen eine zweite Person, welche nicht raucht aber die gleiche oder allenfalls sogar eine geringere Menge auf sich trägt, ein ordentliches Verfahren eröffnet wird. *Stadt Zürich* führt aus, allerdings ergebe sich dann das Problem, dass wegen Artikel 19b der blosse Besitz von Cannabis zumindest theoretisch härter bestraft würde als der Besitz von geringfügigen Mengen Heroin oder Kokain. Dieser wäre nämlich zumindest theoretisch gemäss Artikel 19b BetmG gänzlich straflos, wobei hier die Gerichte gefordert seien, eine Praxis zu entwickeln.

Die AG Rauschgift schlägt vor, Artikel 28a Absatz 1 wie folgt zu ändern:

*Widerhandlungen nach Artikel 19a Ziffer 1, begangen durch den Konsum **oder den Besitz bis zu 5 Gramm** Betäubungsmitteln des Wirkungstyps Cannabis, können in einem vereinfachten Verfahren mit Ordnungsbussen geahndet werden (Ordnungsbussenverfahren). ....* Mehrere Dienste der AG Rauschgift schlagen vor, dass durch die vorangehend vorgeschlagene Ergänzung von Artikel 28a Absatz 1 der Artikel 19b Absatz 2 gestrichen werden könne.

#### Absatz 4

AG Rauschgift, BS, Prof. Albrecht und Universität Basel weisen darauf hin, dass eine Beschlagnahme eine strafprozessuale Zwangsmassnahme sei (vgl. Art. 263 ff. StPO<sup>6</sup>), die immer die Untersuchung eröffnet und nur durch die Staatsanwaltschaft angeordnet werden darf. Der Polizei stehe nur das Mittel der Sicherstellung zur Verfügung. Gleiches gelte für Artikel 28d Absatz 4.

ZG führt zu Absatz 4 aus, dabei sei es wichtig, dass diese Beschlagnahmung formlos erfolgen kann und nicht zusätzlich ein förmlicher Beschlagnahmebefehl der Staatsanwaltschaft eingeholt werden müsse.

#### Artikel 28b VE

BS und SVJ: Artikel 28b **Buchstabe a** führe zu Schwierigkeiten, wenn gleichzeitig mehr als eine Widerhandlung begangen wird, welche je für sich betrachtet mit Ordnungsbussen erledigt werden kann, kumuliert hingegen nicht.

Stadt Zürich: Artikel 28b Buchstabe a sei wie folgt anzupassen:

*Das Ordnungsbussenverfahren ist ausgeschlossen:*

*a. wenn die Täterin oder der Täter neben dem Cannabiskonsum oder dem Besitz bis zu 10 Gramm Betäubungsmitteln des Wirkungstyps Cannabis gleichzeitig andere Widerhandlungen gegen dieses oder andere Gesetze begeht;*

AG Rauschgift, BE, KSBS und Stadt Zürich beantragen folgende Änderung: Da der Besitz nicht „beobachtet“ werden könne, sei in Artikel 28b **Buchstabe b** das Wort „beobachtet“ durch „festgestellt“ zu ersetzen. Weiter wird von Prof. Albrecht und der Universität Basel moniert, dass Artikel 28b Buchstabe b den Geltungsbereich doch sehr stark einschränke.

EDU verlangt, dass hier erwähnt wird, dass in den unter den **Buchstaben a, b** und **c** aufgezählten Fällen zwar das Verfahren mit Ordnungsbussen ausgeschlossen ist, aber explizit aufgeführt wird, dass in diesen Fällen das ordentliche Anzeigeverfahren angewendet wird.

#### Artikel 28c VE

##### Absatz 2

Diese Regelung wird von mehreren Vernehmlassungsteilnehmern als nicht sinnvoll erachtet (AG Rauschgift, AI, BE, BS, TG, KAPO Uri, KSBS, OW, SG, SKG, SO, SVJ, SZ, Uni Basel, VD, ZG).

BE, KAPO Uri, OW, SO, SVJ, SZ, UR, VD und ZG fordern ausdrücklich die ersatzlose Streichung der Bestimmung.

KAPO Uri und SO führen zudem aus, die Legitimation von zivilen Polizeiangehörigen sei in allen kantonalen Polizeigesetzen ausdrücklich geregelt. Auch BS macht darauf aufmerksam, dass das Polizeiwesen in der Kantonskompetenz liege und es daher nicht verständlich sei, warum die Regelung hier aufgenommen werde.

AG Rauschgift, ZH und Stadt Zürich schlagen folgende Formulierung vor: ".... Bussen können nur von Polizistinnen und Polizisten in Dienstuniform **oder nach Legitimation durch den Dienstausweis** erhoben werden."

JU schlägt vor, dass Polizisten in Zivil nur das ordentliche Verfahren auslösen können.

---

<sup>6</sup> Schweizerische Strafprozessordnung vom 5. Oktober 2007 (Strafprozessordnung, StPO), SR 312.0

## Artikel 28d VE

### Absatz 1

*NAS* gibt zu bedenken, dass die Frist von 30 Tagen zur Bezahlung der Busse für einige Konsumierende (z.B. Sozialhilfebezüger) kaum einzuhalten sei. Entsprechend solle über eine Verlängerung der Frist bis zur Einleitung des ordentlichen Verfahrens nachgedacht werden.

### Absatz 2

*BE* und *KSBS* erachten den Umstand als problematisch, dass gemäss Artikel 28d Absatz 2 vorgesehen ist, der Täterin oder dem Täter bei sofortiger Bezahlung eine Quittung auszustellen, auf welcher ihr oder sein Name nicht erwähnt wird. Damit werde der Möglichkeit zum Missbrauch solcher Quittungen Tür und Tor geöffnet. *BE* schlägt vor, dies könne verhindert werden, indem der Name auf der Quittung der Täterin oder des Täters erwähnt wird, nicht jedoch auf jener der Polizei. *KSBS* führt zudem aus, es sei nicht einzusehen, inwiefern diese Anonymisierung für die Täterschaft von Vorteil sein könnte.

*SGK* fordert, die Erziehungsberechtigten müssten in jedem Fall informiert werden.

*KSBS* und *SVJ* geben zu bedenken, dass regelmässige Konsumenten nicht mehr als solche erkannt werden können, was nicht wünschenswert sei.

*SO* weist darauf hin, dass dieses weitgehend anonymisierte Verfahren zu Schwierigkeiten führen könne, welche geeignet sind, die Verkehrssicherheit zu beeinträchtigen, denn heute werde die kantonale Motorfahrzeugkontrolle, welche die gesetzlichen Aufgaben nach Artikel 16 ff. SVG<sup>7</sup> anzuordnen hat, gestützt auf Artikel 15a Absatz 6 BetmG von der Polizei über Strafanzeigen wegen Widerhandlungen gegen das Betäubungsmittelgesetz informiert. Dieser Informationsfluss sei wichtig. Bei sofortiger Bezahlung der Ordnungsbusse wird der Name des Täters oder der Täterin auf der auszustellenden Quittung nicht erwähnt. Auch in diesen Fällen erachtet *SO* jedoch eine entsprechende Meldung (inkl. Namensangabe) an die Motorfahrzeugkontrolle aus Gründen der Verkehrssicherheit als unerlässlich. Die Polizei werde deshalb nicht umhin kommen, auch bei Ausstellen von Ordnungsbussen eigens dafür geschaffene Formulare (vgl. Absatz 3 letzter Satz) zwecks Weiterleitung an die Motorfahrzeugkontrolle auszufüllen, zu versenden und zu verwalten. *SO* vertritt die Meinung, dass ein Systemwechsel den Aufwand für die Polizeibehörden kaum verringern dürfte, vielmehr könnte dieser gar zunehmen.

### Absatz 3

*ZH* verlangt, dass eine Kopie des Bedenkfristformulars den Erziehungsberechtigten zuzustellen sei. Der Absatz sei entsprechend zu ergänzen.

### Absatz 4

*BS*, *GR*, *KAPO Uri*, *Stadt Zürich*: Hier wäre gesetzestechisch besser den Ausdruck "Sicherstellung" und nicht "Beschlagnahme" zu verwenden. Eine Beschlagnahme im Sinne von Artikel 263 ff. StPO könne nur die Staatsanwaltschaft oder ein Gericht anordnen. Die Bezahlung der Busse habe dann die Einziehung des sichergestellten cannabishaltigen Produktes zur Folge. Ausserdem sollte gemäss *KAPO Uri* im begleitenden Bericht explizit erwähnt werden, dass die Sicherstellung von Cannabis und dessen Einziehung keine weitere Schriftlichkeit erfordert wie z.B. einen Beschlagnahmebefehl der Staatsanwaltschaft.

*Prof. Albrecht* und *Universität Basel* geben zu bedenken, dass die Formulierung, das beschlagnahmte cannabishaltige Produkt gelte mit der Bezahlung der Busse als eingezogen, im schweizerischen Strafrecht ein Unikum darstelle, weil die Täterin oder der Täter mit der Bezahlung der Busse, den gesetzlich notwendigen richterlichen Entscheid der Einziehung ersetzt.

<sup>7</sup> Strassenverkehrsgesetz vom 19. Dezember 1958 (SVG), SR 741.01

*Stadt Zürich* schlägt folgende Ergänzung bei Artikel 28d Absatz 4 BetmG vor: Das *beschlag-  
nahmte cannabis-haltige Produkt gilt mit der Bezahlung der Busse als eingezogen und wird  
vernichtet,....* Damit würde Klarheit über die Verwendung des beschlagnahmten Cannabis-  
Produkts geschaffen.

ARCD, EKKJ, NE: Die Droge sei in jedem Fall zu konfiszieren und zu vernichten.

#### **Artikel 28e VE**

Absatz 1

*Stadt Zürich* beantragt, Artikel 28e Absatz 1 Buchstabe b und Absatz 2 Buchstabe e seien wie folgt zu ergänzen:

*Datum, Zeit und Ort des Cannabiskonsums oder den Besitz bis zu 10 Gramm Betäubungs-  
mitteln des Wirkungstyps Cannabis.*

EDU: Die Ordnungsbussenquittung solle den Name des Delinquenten enthalten; bei Minder-  
jährigen seien zwingend die Erziehungsberechtigten zu informieren.

Absatz 2

ZH und *Stadt Zürich* schlagen vor, dass das Bedenkfristformular durch die Täterin oder den  
Täter unterschrieben werden muss, weil es als Grundlage zur Einleitung des ordentlichen  
Verfahrens diene.

Antrag: Absatz 2 sei wie folgt zu ergänzen: *k. Unterschrift der Täterin oder des Täters.*

SO gibt zu bedenken, dass die Bestimmung einen Mehraufwand für die Polizeibehörden  
bedeute. Ohne Registrierung können Mehrfachtäter nicht mehr erkannt werden.

SZ verlangt, der Bund solle die Kompetenz zur Gestaltung der Formulare erhalten.

BE beantragt zu prüfen, ob nicht ein Hinweis auf die sinngemässe Anwendung des Ord-  
nungsbussenverfahrens im Strassenverkehrsbereich ausreichen würde.

#### **Artikel 28f VE**

Keine Bemerkungen.

#### **Artikel 28g VE**

BS führt aus, die Rechtskraft sei entweder formeller oder materieller Natur, aber nicht be-  
dingt. Wenn Artikel 28g Rechtskraft, trotz Bezahlung der Busse, nur eintreten lassen wolle,  
wenn später vor Gericht nicht doch noch eine Rüge vorgebracht wird, kreierte der Vorentwurf  
ein dem Wesen der Rechtskraft zuwiderlaufendes System, das die Vorzüge des Ordnungs-  
bussenverfahrens (Raschheit der Sanktion, Entlastung des Justizapparats) mindestens teil-  
weise in Frage stelle.

#### **Artikel 28h VE**

JU: Nicht in der Schweiz wohnhafte Personen sollen dem ordentlichen Verfahren unterwor-  
fen werden.

#### **Artikel 28i VE**

BE und KSBS beantragen, dass nicht nur die Strafprozessordnung zu erwähnen sei, son-  
dern auch die Jugendstrafprozessordnung<sup>8</sup>.

---

<sup>8</sup> Schweizerische Jugendstrafprozessordnung vom 20. März 2009 (Jugendstrafprozessordnung, JStPO), SR 312.1

**Artikel 28j VE**

*BS* gibt zu bedenken, dass diese Bestimmung unverständlich sei – im ordentlichen Verfahren sei kein Raum für eine Bussenerhebung. Es sei nicht erkennbar, wie diese Norm praktisch umgesetzt werden solle.

### 3. Anhang

#### 3.1 Abkürzungsverzeichnis

Art.	Artikel
Abs.	Absatz
BBl	Bundesblatt
bspw.	Beispielsweise
Bst.	Buchstabe
ff.	fortfolgende
SGK	Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit
SR	Systematische Sammlung des Bundesrechts
vgl.	vergleiche
z.B.	zum Beispiel

#### 3.2 Eingegangene Vernehmlassungen

	Teilnehmer (alphabetisch)	Kategorie Adressat / Nicht Adressat	Kürzel
1	Albrecht Peter, Prof. Dr. iur., Extraordinarius für Strafrecht und Strafverfahrensrecht, Universität Basel	Private / Nicht Adressat	Prof. Albrecht
2	Alexandra Hilfiker	Private / Nicht Adressat	A. Hilfiker
3	Arbeitsgruppe Rauschgift, nationale Arbeitsgruppe der kantonalen und städtischen Betäubungsmitteldienstchefs sowie der Bundeskriminalpolizei (vertreten durch Roger Flury, fedpol)	Weitere Organisationen / Adressat	AG Rauschgift
4	Association romande contre la drogue	Nicht Adressat	ARCD
5	AvenirSocial, Professionelle Soziale Arbeit Schweiz	Nicht Adressat	AvenirSocial
6	Beatrice Neuweiler, 5043 Holziken	Private / Nicht Adressat	B. Neuweiler
7	Carmen Harper, 8049 Zürich	Private / Nicht Adressat	C. Harper
8	Centre Patronal	Gesamtschweizerische Dachverbände der Wirtschaft / Adressat	Centre Patronal
9	Christlich-Demokratische Partei der Schweiz	In der Bundesversammlung vertretene politische Parteien / Adressat	CVP
10	Christlich-soziale Partei Schweiz (CSP Schweiz)	In der Bundesversammlung vertretene politische Parteien / Adressat	CSP
11	Collège romand de médecine de l'addiction CoRoMA	Weitere Organi-	COROMA

		sationen / Adressat	
12	ContactNetz, Stiftung für Jugend-, Eltern- und Suchtarbeit, Bern	Nicht Adressat	ContactNetz
13	Dachverband Drogenabstinenz Schweiz	Nicht Adressat	DDS
14	Donath Roth, 9450 Altstätten	Private / Nicht Adressat	D. Roth
15	Dr. Markus Weber (Kantonsspital St. Gallen) und Dr. J. Bükki (Universitätsklinikum Erlangen)	Private / Adressat	Dr. Weber / Dr. Bükki
16	Dr. med. Jean-Jacques Hegg Facharzt FMH für Psychiatrie, 8600 Dübendorf	Private / Nicht Adressat	Dr. Hegg
17	Eidgenössisch-Demokratische Union EDU	In der Bundesversammlung vertretene politische Parteien / Adressat	EDU
18	Eidgenössische Kommission für Drogenfragen	Nicht Adressat	EKDF
19	Eidgenössische Kommission für Kinder und Jugendfragen	Nicht Adressat	EKKJ
20	Fabio Ettlín, 8143 Stallikon	Private / Nicht Adressat	F. Ettlín
21	FDP.Die Liberalen	In der Bundesversammlung vertretene politische Parteien / Adressat	FDP
22	Fondation du Levant, 1005 Lausanne	Nicht Adressat	Fondation du Levant
23	Fondation Neuchâtel Addictions	Nicht Adressat	FNA
24	Gabrielle Arnold, 8135 Langnau am Albis	Private / Nicht Adressat	G. Arnold
25	Gesundheitsförderung Schweiz	Weitere Organisationen / Adressat	GF CH
26	Groupement Romand d'Etudes des Addictions GREA	Weitere Organisationen / Adressat	GREA
27	Grüne Partei Schweiz	In der Bundesversammlung vertretene politische Parteien / Adressat	Grüne
28	Hanspeter Loosli, 6014 Luzern	Private / Nicht Adressat	H. Loosli
29	Hausärzte Schweiz, Berufsverband der Haus- und Kinderärztinnen Schweiz	Nicht Adressat	Hausärzte Schweiz
30	infodrog coordination intervention suisse	Nicht Adressat	infodrog
31	Jugendanwaltschaft Kt. Schwyz	Nicht Adressat	Jugendanwaltschaft SZ
32	Kanton Aargau	Kantone	AG
33	Kanton Appenzell-Ausserrhoden	Kantone	AR
34	Kanton Appenzell-Innerrhoden	Kantone	AI
35	Kanton Basel-Landschaft	Kantone	BL
36	Kanton Basel-Stadt	Kantone	BS

37	Kanton Bern	Kantone	BE
38	Kanton Freiburg	Kantone	FR
39	Kanton Glarus	Kantone	GL
40	Kanton Graubünden	Kantone	GR
41	Kanton Jura	Kantone	JU
42	Kanton Luzern	Kantone	LU
43	Kanton Neuenburg	Kantone	NE
44	Kanton Nidwalden	Kantone	NW
45	Kanton Obwalden	Kantone	OW
46	Kanton Schaffhausen	Kantone	SH
47	Kanton Schwyz	Kantone	SZ
48	Kanton Solothurn	Kantone	SO
49	Kanton St.Gallen	Kantone	SG
50	Kanton Tessin	Kantone	TI
51	Kanton Thurgau	Kantone	TG
52	Kanton Uri	Kantone	UR
53	Kanton Waadt	Kantone	VD
54	Kanton Wallis	Kantone	VS
55	Kanton Zug	Kantone	ZG
56	Kanton Zürich	Kantone	ZH
57	Kantonspolizei Uri	Nicht Adressat	KAPO Uri
58	Karin Baettig, 2564 Bellmund	Private/ Nicht Adressat	K. Baettig
59	Karin Zech	Private / Nicht Adressat	K. Zech
60	Kaufmännischer Verband Schweiz	Gesamtschwei- zerische Dach- verbände der Wirtschaft / Ad- ressat	KV Schweiz
61	Konferenz der Kantonalen Beauftragten für Suchtfragen	Weitere Organi- sationen / Ad- ressat	KKBS/CDCT
62	Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren	Weitere Organi- sationen / Adressat	KKJPD
63	Konferenz der Kantonalen Polizeikommandanten	Weitere Organi- sationen / Ad- ressat	KKPKS
64	Konferenz der Strafverfolgungsbehörden der Schweiz	Weitere Organi- sationen / Adressat	KSBS
65	Konsumentenforum kf	Nicht Adressat	kf
66	Krebsliga Schweiz	Weitere Organi- sationen / Adressat	KL CH
67	Mario Lepore, 1010 Lausanne	Private / Nicht Adressat	M. Lepore
68	Mitglieder der jur. Fakultät der Universität Basel (Fachbe- reich Strafrecht)	Weitere Organi- sationen / Ad- ressat	Universität Basel
69	Nationale Arbeitsgemeinschaft Suchtpolitik, Coordination politique des addictions	Weitere Organi- sationen /	NAS

		Adressat	
70	Peter Aebersold, Schulkommission für Sonderschulen und Therapien der Stadt Zürich	Private / Nicht Adressat	P. Aebersold
71	PharmaSuisse, Schweizerischer Apothekerverband	Weitere Organisationen / Adressat	PharmaSuisse
72	Pro Juventute	Weitere Organisationen / Adressat	Pro Juventute
73	PH CH Schweiz	Weitere Organisationen / Adressat	PH CH
74	REPER, promotion de la santé et prévention Rue Hans-Fries 11, 1700 Fribourg	Nicht Adressat	REPER
75	Ruedi Reusser, 2564 Bellmund	Private / Nicht Adressat	R. Reusser
76	Schweizer Ärzte gegen Drogen	Nicht Adressat	SÄGD
77	Schweizer Hanfkoordination	Nicht Adressat	SHK/CSC
78	Schweizerische Gesellschaft für Rechtsmedizin	Weitere Organisationen / Adressat	SGRM
79	Schweizerische Gesundheitsstiftung RADIX	Weitere Organisationen / Adressat	RADIX
80	Schweizerische Kriminalistische Gesellschaft	Weitere Organisationen / Adressat	SKG
81	Schweizerische Vereinigung Eltern gegen Drogen	Nicht Adressat	Eltern gegen Drogen
82	Schweizerische Vereinigung für Jugendstrafrechtspflege	Weitere Organisationen / Adressat	SVJ
83	Schweizerische Volkspartei	In der Bundesversammlung vertretene politische Parteien	SVP
84	Schweizerischer Arbeitgeberverband	Gesamtschweizerische Dachverbände der Wirtschaft / Adressat	SAV
85	Schweizerischer Gewerbeverband	Gesamtschweizerische Dachverbände der Wirtschaft / Adressat	SGV
86	Schweizerischer Städteverband	Gesamtschweizerische Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete / Adressat	SSV
87	Schweizerisches Blaues Kreuz	Nicht Adressat	Blaues Kreuz

88	Sozialdemokratische Partei der Schweiz	In der Bundesversammlung vertretene politische Parteien / Adressat	SP
89	Stadt Lausanne	Nicht Adressat	Lausanne
90	Stadt Zürich	Nicht Adressat	Stadt Zürich
91	Städtische Konferenz der Suchtbeauftragten SKBS	Weitere Organisationen / Adressat	SKBS
92	Stefan Haas-Snodgrass, 6233 Büron	Private / Nicht Adressat	S. Haas
93	Stefano Fehr, Consigliere Communale Neggio Verdi/TI	Private / Nicht Adressat	S. Fehr
94	Sucht Info Schweiz	Weitere Organisationen / Adressat	SIS
95	Suchtpräventionsstelle Freiburg, 1700 Fribourg	Nicht Adressat	Suchtpräventionsstelle Freiburg
96	Swiss Society of Addiction Medicine, Schweizerische Gesellschaft für Suchtmedizin SSAM	Weitere Organisationen / Adressat	SSAM
97	Ticino Addiction und Fachverband Sucht	Weitere Organisationen / Adressat	Fachverband Sucht
98	Université de Genève	Weitere Organisationen / Adressat	Universität Genf
99	Verband Schweizerischer Elektro-Installationsfirmen	Nicht Adressat	VSEI
100	Verband Schweizerischer Polizei-Beamter VSPD FSFP	Weitere Organisationen / Adressat	VSPB
101	Verbindung der Schweizer Ärztinnen und Ärzte, Foederatio Medicorum Helveticorum	Weitere Organisationen / Adressat	FMH
102	Verein der Eltern- und Angehörigenvereinigungen Drogenabhängiger VEVD AJ	Nicht Adressat	VEVD AJ
103	Verein Forum Suchtmedizin Ostschweiz, St. Gallen	Weitere Organisationen / Adressat	FOSUMOS
104	Verein Jugend ohne Drogen	Nicht Adressat	Verein Jugend ohne Drogen
105	Verein Sag NEIN zu Drogen	Nicht Adressat	VSND

### 3.3 Adressatenliste

#### Kantone / Cantons / Cantoni

Abk. Abrév. Abbrev.	Adressaten / Destinataires / Destinatari
AG	Staatskanzlei des Kantons Aargau Chancellerie d'Etat du canton d'Argovie Cancelleria dello Stato del Cantone di Argovia
AI	Ratskanzlei des Kantons Appenzell Innerrhoden Chancellerie d'Etat du canton d'Appenzell Rhodes-Intérieures Cancelleria dello Stato del Cantone di Appenzello Interno
AR	Kantonskanzlei des Kantons Appenzell Ausserrhoden Chancellerie d'Etat du canton d'Appenzell Rhodes-Extérieur Cancelleria dello Stato del Cantone di Appenzello Esterno
BE	Staatskanzlei des Kantons Bern Chancellerie d'Etat du canton de Berne Cancelleria dello Stato del Cantone di Berna
BL	Landeskanzlei des Kantons Basel-Landschaft Chancellerie d'Etat du canton de Bâle-Campagne Cancelleria dello Stato del Cantone di Basilea Campagna
BS	Staatskanzlei des Kantons Basel-Stadt Chancellerie d'Etat du canton de Bâle-Ville Cancelleria dello Stato del Cantone di Basilea Città
FR	Staatskanzlei des Kantons Freiburg Chancellerie d'Etat du canton de Fribourg Cancelleria dello Stato del Cantone di Friburgo
GE	Staatskanzlei des Kantons Genf Chancellerie d'Etat du canton de Genève Cancelleria dello Stato del Cantone di Ginevra
GL	Regierungskanzlei des Kantons Glarus Chancellerie d'Etat du canton de Glaris Cancelleria dello Stato del Cantone di Glarona
GR	Standeskanzlei des Kantons Graubünden Chancellerie d'Etat du canton des Grisons Cancelleria dello Stato del Cantone dei Grigioni
JU	Staatskanzlei des Kantons Jura Chancellerie d'Etat du canton du Jura Cancelleria dello Stato del Cantone del Giura
LU	Staatskanzlei des Kantons Luzern Chancellerie d'Etat du canton de Lucerne Cancelleria dello Stato del Cantone di Lucerna
NE	Staatskanzlei des Kantons Neuenburg Chancellerie d'Etat du canton de Neuchâtel Cancelleria dello Stato del Cantone di Neuchâtel
NW	Staatskanzlei des Kantons Nidwalden Chancellerie d'Etat du canton de Nidwald Cancelleria dello Stato del Cantone di Nidvaldo
OW	Staatskanzlei des Kantons Obwalden Chancellerie d'Etat du canton d'Obwald Cancelleria dello Stato del Cantone di Obvaldo
SG	Staatskanzlei des Kantons St. Gallen

	Chancellerie d'Etat du canton de St-Gall Cancelleria dello Stato del Cantone di San Gallo
SH	Staatskanzlei des Kantons Schaffhausen Chancellerie d'Etat du canton de Schaffhouse Cancelleria dello Stato del Cantone di Sciaffusa
SO	Staatskanzlei des Kantons Solothurn Chancellerie d'Etat du canton de Soleure Cancelleria dello Stato del Cantone di Soletta
SZ	Staatskanzlei des Kantons Schwyz Chancellerie d'Etat du canton de Schwyz Cancelleria dello Stato del Cantone di Svitto
TG	Staatskanzlei des Kantons Thurgau Chancellerie d'Etat du canton de Thurgovie Cancelleria dello Stato del Cantone di Turgovia
TI	Staatskanzlei des Kantons Tessin Chancellerie d'Etat du canton du Tessin Cancelleria dello Stato del Cantone Ticino
UR	Standeskanzlei des Kantons Uri Chancellerie d'Etat du canton d'Uri Cancelleria dello Stato del Cantone di Uri
VD	Staatskanzlei des Kantons Waadt Chancellerie d'Etat du canton de Vaud Cancelleria dello Stato del Cantone di Vaud
VS	Staatskanzlei des Kantons Wallis Chancellerie d'Etat du canton du Valais Cancelleria dello Stato del Cantone del Vallese
ZG	Staatskanzlei des Kantons Zug Chancellerie d'Etat du canton de Zoug Cancelleria dello Stato del Cantone di Zugo
ZH	Staatskanzlei des Kantons Zürich Chancellerie d'Etat du canton de Zurich Cancelleria dello Stato del Cantone di Zurigo
KdK CdC CdC	Konferenz der Kantonsregierungen Conférence des gouvernements cantonaux Conferenza dei governi cantonali

**In der Bundesversammlung vertretene politische Parteien / partis politiques représentés à l'Assemblée fédérale / partiti rappresentati nell'Assemblea federale**

<b>Abk. Abrév. Abbrev.</b>	<b>Adressaten / Destinataires / Destinatari</b>
BDP PBD PBD	Bürgerlich-Demokratische Partei Schweiz Parti bourgeois-démocratique Suisse Partito borghese-democratico Svizzero
CVP PDC PPD	Christlichdemokratische Volkspartei der Schweiz Parti démocrate-chrétien suisse Partito popolare democratico svizzero
FDP PLR PLR	FDP. Die Liberalen PLR. Les libéraux-radicaux PLR. I liberali
SP PS	Sozialdemokratische Partei der Schweiz Parti socialiste suisse

PS	Partito socialista svizzero
SVP	Schweizerische Volkspartei
UDC	Union démocratique du centre
UDC	Unione democratica di centro
CSP	Christlich-soziale Partei Schweiz
PCS	Parti chrétien-social suisse
PCS	Partito cristiano-sociale svizzero
EDU	Eidgenössisch-Demokratische Union
UDF	Union démocratique Fédérale
UDF	Unione democratica Federale
EVP	Evangelische Volkspartei der Schweiz
PEV	Parti évangélique Suisse
PEV	Partito evangelico svizzero
GB	Grünes Bündnis
AVeS	Alliance verte et sociale
AVeS	Alleanza verde e sociale
Grüne	Grüne Partei der Schweiz
Les Verts	Parti écologiste suisse
I Verdi	Partito ecologista svizzero
GLP	Grünliberale Partei Schweiz
PVL	Parti des Verts libéraux
PVL	Partito verde-liberale
Lega	Lega dei Ticinesi
PdAS	Partei der Arbeit der Schweiz
PST	Parti suisse du travail - Parti ouvrier et populaire
PSdL	Partitio svizzero del lavoro
Alternative ZG	Alternative Kanton Zug

**Gesamtschweizerische Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete / associations faitières des communes, des villes et des régions de montagne qui œuvrent au niveau national / associazioni mantello nazionali dei Comuni, delle città e delle regioni di montagna**

<b>Abk. Abrév. Abbrev.</b>	<b>Adressaten / Destinataires / Destinatari</b>
SGV	Schweizerischer Gemeindeverband
ACS	Association des Communes Suisses
ACS	Associazione dei Comuni Svizzeri
SSV	Schweizerischer Städteverband
UVS	Union des villes suisses
UCS	Unione delle città svizzere
SAB	Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete Groupement suisse pour les régions de montagne Gruppo svizzero per le regioni di montagna

**Gesamtschweizerische Dachverbände der Wirtschaft / associations faitières de l'économie qui œuvrent au niveau national/ associazioni mantello nazionali dell'economia**

<b>Abk. Abrév. Abbrev.</b>	<b>Adressaten / Destinataires / Destinatari</b>
economiesuisse	Verband der Schweizer Unternehmen Fédération des entreprises suisses

	Federazione delle imprese svizzere
SGV USAM USAM	Schweizerischer Gewerbeverband Union suisse des arts et métiers Unione svizzera delle arti e mestieri
SAV UPS USI	Schweizerischer Arbeitgeberverband Union patronale suisse Unione svizzera degli imprenditori
SBV USP USC	Schweizerischer Bauernverband Union suisse des paysans Unione svizzera dei contadini
SBV ASB ASB	Schweizerische Bankiervereinigung Association suisse des banquiers Associazione svizzera dei banchieri
SGB USS USS	Schweizerischer Gewerkschaftsbund Union syndicale suisse Unione sindacale svizzera
KV Schweiz SEC Suisse SIC Svizzera	Kaufmännischer Verband Schweiz Société suisse des employés de commerce Società svizzera degli impiegati di commercio
Travail.Suisse	Travail.Suisse

**Liste der zusätzlichen Vernehmlassungsadressaten / Weitere Organisationen****Liste des destinataires supplémentaires / Autres organisations****Elenco di ulteriori destinatari / Altre organizzazioni**

<b>Abk. Abrév. Abbrev.</b>	<b>Adressaten / Destinataires / Destinatari</b>
	Nationaler Drogenausschuss
NAS	Nationale Arbeitsgemeinschaft Suchtpolitik (NAS) Coordination politique des addictions (CPA) Comunità nazionale di lavoro sulla politica della droga (CPD)
	Fachverband Sucht
GREA	Groupement Romand d'Etudes des Addictions
CRIAD	Coordination romande des institutions et organisations oeuvrant dans le domaine des addictions
VCRD	Verein christlicher Fachleute im Rehabilitations- und Drogenbereich
GF CH	Gesundheitsförderung Schweiz Promotion Santé Suisse Promozione Salute Svizzera
Radix	Radix Gesundheitsförderung Radix Promotion de la santé Radix Promozione della salute
SSAM	Schweizerische Gesellschaft für Suchtmedizin
FOSUMOS	Verein Forum Suchtmedizin Ostschweiz
FOSUMIS	Verein Forum Suchtmedizin Innerschweiz
COROMA	Collège romand de médecine de l'addiction
PH CH	PH CH Schweiz Santé publique Suisse Salute pubblica Svizzera
EWS	Verein Expertengruppe Weiterbildung im Suchtbereich
	Fachkommission HeGeBe
SGPG	Schweiz. Gesellschaft für Prävention und Gesundheitswesen

SIS	Sucht Info Schweiz (SFA/ISPA Schweiz. Fachstelle für Alkohol- und andere Drogenprobleme)
DOJ	Dachverband offene Jugendarbeit Schweiz
Pro Juventute	Schweizerische Stiftung Pro Juventute Fondation suisse Pro Juventute Fondazione svizzera Pro Juventute
SAJV	Schweizerische Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände (SAJV) Conseil suisse des activités de jeunesse (CSAJ) Federazione svizzera delle associazioni giovanili (FSAG)
LL CH	Lungenliga Schweiz Ligue pulmonaire suisse Lega polmonare svizzera
AT	Arbeitsgemeinschaft Tabakprävention Schweiz Association suisse pour la prévention du tabagisme Associazione svizzera per la prevenzione del tabagismo
KL CH	Krebsliga Schweiz Ligue suisse contre le cancer Lega svizzera contro il cancro
PharmaSuisse	Schweizerischer Apothekerverband Société suisse des pharmaciens Società svizzera dei farmacisti
FMH	Verbindung der Schweizer Ärztinnen und Ärzte Fédération des médecins suisses Federazione dei medici svizzeri
KHM	Kollegium für Hausarztmedizin (KHM) Collège de médecine de premier recours (MPR) Collegio di medicina di base (CMB)
santésuisse	santésuisse
SBV	Schweizerischer Baumeisterverband (SBV) Société suisse des entrepreneurs (SSE) Società svizzera degli impresari-costruttori (SSIC)
SKS	Stiftung für Konsumentenschutz Fondation pour la protection des consommateurs Fondazione per la protezione dei consumatori
FRC	Fédération romande des consommateurs
ACSI	Associazione consumatrici e consumatori della Svizzera italiana
GRIP	Groupement romand de l'industrie pharmaceutique
AWMP	Allianz der Wirtschaft für eine massvolle Präventionspolitik Pharmalog
Interpharma	Verband der forschenden pharmazeutischen Firmen der Schweiz Association des entreprises pharmaceutiques suisses pratiquant la recherche Associazione delle imprese farmaceutiche svizzere che praticano la ricerca
SGCI	SGCI Chemie Pharma Schweiz
SGRM	Schweizerische Gesellschaft für Rechtsmedizin Schweizerische Polizeitechnische Kommission
VKCS	Verband der Kantonschemiker der Schweiz (VKCS) Association des chimistes cantonaux de Suisse (ACCS) Associazione dei chimici cantonali svizzeri (ACCS)
VIPS	Vereinigung Pharmafirmen in der Schweiz Schweizerische Multiple Sklerose Gesellschaft
SNG-SSN	Schweizerische neurologische Gesellschaft Schweizerische Gesellschaft für medizinische Onkologie Schweizerische Gesellschaft für Palliative Medizin, Pflege und Begleitung Palliativ ch

	Dr. med. Kathrin Zaugg Departement Medizinische Radiologie Klinik für Radio-Onkologie
	PD Dr. med. Markus Weber Muskelzentrum/ALS clinic
	Dr. med. Johannes Bükki Universitätsklinik für Allgemeine Innere Medizin
	Dr. med. Claude Vaney Chefarzt Bernische Höhenklinik
	PD Barbara Broers Dépt. De Médecine Communautaire
	Institut Hiscia Verein für Krebsforschung
	Cannapharm AG
AG Rauschgift	Arbeitsgruppe Kantonale Betäubungsmitteldienstchefs
KKBS	Konferenz der Kantonalen Beauftragten für Suchtfragen (KKBS)
SKBS	Städtische Konferenz der Beauftragten für Suchtfragen (SKBS) Conférence des délégués des villes aux problèmes de dépendance (CDVD) Conferenza dei delegati delle città ai problemi di dipendenza (CDCD)
KKJPD	Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren (KKJPD) Conférence des directrices et directeurs des départements cantonaux de justice et police (CCDJP) Conferenza delle direttrici e dei direttori dei dipartimenti cantonali di giustizia e polizia (CDDGP)
KKPKS	Konferenz der kantonalen Polizeikommandanten der Schweiz (KKPKS) Conférence des commandants des polices cantonales de suisse (CCPCS) Conferenza dei comandanti delle polizie cantonali della svizzera (CCPCS)
	Konferenz der Schweizer Staatsanwälte Conférence suisse des procureurs
KSBS	Konferenz der Strafverfolgungsbehörden der Schweiz (KSBS) Conférence des autorités de poursuite pénale de Suisse (CAPS) Conferenza della autorità inquirenti svizzere (CAIS)
SAK	Schweizerische Arbeitsgruppe für Kriminologie (SAK) Groupe suisse de travail de criminologie (GSC) Gruppo svizzero di lavoro di cirminologia (GSC)
SGPO	Schweizerische Gesellschaft der Polizeioffiziere (SGPO) Société suisse des officiers de polices (SSOP) Società svizzera degli ufficiali di polizia (SSUP)
SKG	Schweizerische Kriminalistische Gesellschaft (SKG) Société Suisse de droit pénal (SSDP) Società svizzera di diritto penale (SSDP)
prosaj	Schweizerische Vereinigung Bewährungshilfe und Soziale Arbeit in der Justiz prosaj Association de Probation Suisse et de Travail Social dans la Justice Associazione Svizzera del Patronato e del Lavoro Sociale nella Giustizia
SVR	Schweizerische Vereinigung der Richterinnen und Richter (SVR) Association suisse des Magistrats de l'ordre judiciaire (ASM) Associazione svizzera dei magistrati (ASM)
SVJ	Schweizerische Vereinigung für Jugendstrafrechtspflege (SVJ) Société suisse de droit pénal des mineurs (SSDPM) Società svizzera di diritto penale minorile (SSDPM)
SVSP	Schweizerische Vereinigung Städtischer Polizeichefs (SVSP) Société des Chefs des Polices des Villes de Suisse (SCPVS) Società dei capi di polizia delle città svizzere (SCPCS)

SAV	Schweizerischer Anwaltsverband (SAV) Fédération suisse des avocats (FSA) Federazione svizzera degli avvocati (FSA)
	Schweizerischer Juristenverein Société suisse des juristes Società svizzera dei giuristi
	Schweizerisches Polizei-Institut Institut suisse de police Istituto svizzero di polizia
VSPB	Verband Schweizerischer Polizei-Beamter (VSPB) Fédération suisse fonctionnaires de polices (FSFP) Federazione svizzera dei funzionari di polizia (FSFP)
	Schweizerische Vereinigung für Kinder- und Jugendpsychologen
	Société Suisse de Psychiatrie Forensique Section latine
	Schweizerische Gesellschaft für Forensische Psychiatrie Deutschsprachige Sektion
	Universität Basel
	Universität Bern
	Universität Luzern
	Universität St. Gallen
	Universität Zürich
	Université de Fribourg
	Université de Genève
	Université de Lausanne
	Université de Neuchâtel

### 3.4 Fragekatalog für das Vernehmlassungsverfahren

Absender der Stellungnahme:

1. Soll der Konsum von Cannabis künftig im Ordnungsbussenverfahren geahndet werden können?

<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> keine Stellungnahme
Bemerkungen:		

2. Wie alt soll ein Täter oder eine Täterin mindestens sein, damit der Cannabiskonsum mit einer Ordnungsbusse geahndet werden kann?

<input type="checkbox"/> 16 Jahre alt	<input type="checkbox"/> 15 Jahre alt	<input type="checkbox"/> andere Altersgrenze
Bemerkungen:		

3. Wie hoch soll die Ordnungsbusse sein?

<input type="checkbox"/> 100 Franken	<input type="checkbox"/> 200 Franken	<input type="checkbox"/> anderer Betrag
Bemerkungen:		

4. Definition der geringfügigen Menge eines Betäubungsmittels des Wirkungstyps Cannabis:

4.1 Soll die geringfügige Menge eines Betäubungsmittels des Wirkungstyps Cannabis, deren Besitz gemäss Art. 19b des Betäubungsmittelgesetzes nicht strafbar ist, im Betäubungsmittelgesetz definiert und damit schweizweit vereinheitlicht werden?

<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> keine Stellungnahme
Bemerkungen:		

4.2 Falls ja, wie viel Gramm eines Betäubungsmittels des Wirkungstyps Cannabis sollen maximal als geringfügige Menge gelten?

<input type="checkbox"/> 10 Gramm		<input type="checkbox"/> andere Menge
Bemerkungen:		

5. Soll die Polizei auf eine Ordnungsbusse verzichten können, wenn ein leichter Fall von Cannabiskonsum vorliegt? Der Polizei würde damit ein Ermessen eingeräumt, wie es dem Sachrichter im ordentlichen Verfahren eingeräumt wurde. (Gemäss Art. 19a Ziffer 2 kann in leichten Fällen von Betäubungsmittelkonsum das Verfahren eingestellt oder von einer Strafe abgesehen werden.)

<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> keine Stellungnahme
Bemerkungen:		

6. Weitere Bemerkungen:

--